

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptkollektors zu Baußen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.75, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 4.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 11.25 ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanklagen, Postboten, sowie Zeitungsausträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postcheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. — **Gemeindeverbandsgrößenkasse Bischofswerda Konto Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlegerelieferungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Grundzeile (Zm. Maße 14) oder deren Raum 120 Bg., örtliche Anzeigen 80 Bg. Im Tagesblatt (Zm. Maße 14) 250 Bg., die 6-spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Ähnliche Anzeigen die 6-spaltige Zeile 150 Bg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird kein Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 157.

Freitag, den 8. Juli 1921.

75. Jahrgang.

Der Reichskanzler über seine Steuerpläne.

Die Kanzlerrede im Reichstag.

Nachdem bekannt geworden war, daß der Reichskanzler Mittwoch nachmittag seine große Programmrede über die deutsche Steuerreform vor dem Plenum halten werde, hatte sich das Haus gut gefüllt. Kurz nach 3 Uhr unterbrach man die Debatte und Reichstagspräsident Lohse erteilte Dr. Wirth das Wort. Fast eine Stunde dauerten die Ausführungen, die der Kanzler vom Manuskript ablas. Der größte Teil des Inhaltes war bereits aus früheren Veröffentlichungen bekannt und wurde daher von den Zuhörern stumm und ohne jede besondere Kundgebung entgegengenommen. Es lag so etwas wie dumpfe Resignation über dem Saal, als aus des Kanzlers Munde gleich einem Plötzregen die Flut der neuen Steuern herniederprasselte.

Rur an einer Stelle erhob sich höhnisches Lachen, als des Kanzlers Optimismus gar zu offenkundig wurde, indem er davon sprach, daß wir die ungeheueren Verpflichtungen vielleicht tragen könnten, ohne daß unser Wirtschaftsleben dadurch aus den Fugen gehe. Aus der unendlichen Fülle der aufgezählten Projekte wäre es unmöglich, Einzelheiten herauszugreifen. Es verdient aber betont zu werden, daß der Kanzler bei der Gelegenheit, wo er der deutschen Volkvertretung das aus Dornen und Disteln bestehende schmerzhafteste Steuerbündel auf den Tisch des Hauses niederlegte, auch ein ernstes, sehr ernstes Wort an das Ausland richtete. Sprach der Kanzler bislang gleichmütig und leidenschaftslos, so löste er sich nunmehr vom Manuskript, um frei und mit erhobener Stimme die dunklen Mächte anzuklagen, die bis zum heutigen Tage noch erfolgreich tätig sind, um die schweren Wunden am deutschen Wirtschaftskörper nicht heilen zu lassen. Das sind in erster Linie die Sanktionen oder besser gesagt, die „Pressionen“ im Westen, die Frankreich nicht aufgeben will, und dann Oberschlesien!

Die Zahlen, die Dr. Wirth aufmarschieren ließ, waren ungeheuerlich. Erst jetzt wird es dem deutschen Volke klar werden, unter welcher Last es in den nächsten Jahrzehnten dahinzuschreiten verurteilt ist. Das schon geschilderte Verhalten des Hauses war charakteristisch, nur hin und wieder hörte man einen Abgeordneten stöhnen: hört, hört!, dann trat wieder Schweigen ein. Das, was Dr. Wirth am Montag in kurzen Umrissen entwickelte, soll nun im Laufe des Sommers im Schoß der Ausschüsse Form und Gestalt annehmen, und es ist wahrscheinlich, daß bei den ersten Meinungsverschiedenheiten im Volke um dieses Wirtschaftsprogramm ein erweiterter Kampf entstehen wird. Schon der Beginn der Aussprache, die sich an Wirths Rede angeschlossen zeigte, wie tief die Gegenläufe wurzeln. Dr. Helfferich, der ohnedies auf die Linke stets wie ein rotes Tuch wirkt, wenn er die Rednertribüne besteigt, wies dem Reichskanzler nach, daß es unmöglich sei, durch Steuern aller Art 150 Milliarden aus dem Volk herauszupressen. Wir haben seinerzeit ausgerechnet, daß das gesamte Volkvermögen etwa 1900 Mark pro Kopf beträgt, das sind auf 60 Millionen Deutsche 200 Milliarden Mark. Hieronon könnte man unmöglich 150 Milliarden herausholen.

Berlin, 6. Juli. Im Reichstag führte der Reichskanzler Dr. Wirth über die Finanzlage des Reichstages und die neuen Steuerpläne folgendes aus:

Reichskanzler Dr. Wirth:

Es sind gerade zwei Jahre her, daß in der Nationalversammlung die ungeheuer schwere Aufgabe der finanziellen Liquidation des Weltkrieges hervortrat. Der Bedarf des Reiches und der Länder wurde damals auf 25 Milliarden geschätzt. Es wurde aber bei der Schätzung der Reichsfinanzen von 1919 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bloß um einen Annäherungswert handeln könne und große unbekannte Summen noch nicht festständen, namentlich die Summe, die wir jährlich aus dem Friedensvertrage schulden würden. Dazu kamen die Geldentwertung und die nachträglichen Kriegsausgaben. Der letztere Faktor ist in Erscheinung getreten in den Milliardenaufwendungen der beiden letzten Jahre für die Abwicklung des Krieges, für den Wiederaufbau unserer durch den Friedensvertrag zerrütteten Volkswirtschaft usw. Das Reich mußte eine große Schuldenvermehrung übernehmen, die umso rascher wurde, als jeder Verbrauch in Goldmark ein Vielfaches in Papiermark notwendig machte. Die Entwertung des Geldes ist ein weiterer Faktor, der unsere Finanzlage bis zu einem gewissen Grade

unübersichtlich gestaltete. Es ist notwendig, daß unser ganzes deutsches Volk sich jederzeit dieses ungeheueren Prozesses bewußt wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß

unsere Papiermark nicht eine Goldmark,

sondern nur noch eine Groschenmark ist, auf dem Weltmarkt noch weniger. Aber während wir hinsichtlich unseres Einkommens diese veränderten Relationen sehr wohl zu würdigen wissen, taucht dem Steuerzahler die Erinnerung an die wertlose Goldmark in dem Augenblick wieder auf, wo es gilt, Steuern zu zahlen. Der ordentliche Haushalt weist 48,5 Milliarden Ausgaben auf, darunter 35,8 für einmalige Reichszwecke, der außerordentliche Haushalt 59 Milliarden, darunter 26,6 für die Ausführung des Friedensvertrages. Das andere geht an Zuschüsse für die Betriebsverwaltungen, Lebensmittelausschüsse usw. Dieser außerordentliche Etat muß so rasch wie möglich abgebaut werden.

Ich bitte streng zu unterscheiden

zwischen den Erfordernissen des außerordentlichen Etats und den besonderen Erfordernissen aus der Erhöhung des Ultimatums. Die 26,6 Milliarden zur Ausführung des Friedensvertrages müssen zum größten Teil in den Etat der Kontributionen übergehen. 14,2 Milliarden sind gleichfalls begründet durch die Übergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden. Darunter stehen nicht weniger als 8 Milliarden für Lebensmittelausschüsse. Im Etat der Kontributionen haben wir zwei Unsicherheitsfaktoren: die 26 %ige Abgabe von der deutschen Ausfuhr und dann die Schwankungen der deutschen Baluta. Jede Finanz- und Steuerpolitik wird in dem Augenblick ad absurdum geführt, wo die deutsche Reichsmark dauernd dem Abgrund zufällt. (Zustimmung.) Mit Rücksicht auf das Schwanken der deutschen Baluta sind gerade unsere Leistungen mit großem Vorbehalt zu beurteilen. Die Reparationsleistungen sind jährlich auf 3,3 Milliarden Goldmark zu bewerten. Eine Festsetzung der Zahlungsleistungen auf eine erträgliche Höhe wird ein Ziel sein, das wir nicht nur bald anzustreben haben, sondern, das die ganze Welt anstreben muß.

Unter der Voraussetzung,

daß der Geldwert im Innern auf der gegenwärtigen Basis eine gewisse Stabilisierung erfährt, daß im Laufe der Zeit der Außenwert des Geldes an den Innenwert heranzuwachsen wird, wird sich vielleicht alles zusammen jährlich auf 3,3 Milliarden Goldmark, d. h. auf 40 bis 45 Milliarden Papiermark, stellen, wobei die Befahrungskosten eingeschlossen sind. Das grundsätzliche Ziel der Deckung ist, daß die laufenden Kontributionen aus den laufenden Einnahmen zu decken sind, und deswegen dürfen wir auch

vor einer neuen Besteuerung nicht zurückweichen.

Wir stehen jetzt vor der zweiten Phase der deutschen Finanzreform. In der ersten galt es der Durchführung des Gleichgewichts im inneren ordentlichen Etat. Diese Phase ist gekennzeichnet durch eine Reform der direkten Besteuerung. Man kommt die Sorge für den Reparationsetat. Und hier müssen auch die indirekten Steuern systematisch durchgebaut werden. Trotz der hohen Belastungen für das ganze Volk wird man doch mit allem Nachdruck versuchen müssen, auch die indirekten Steuern auszubauen und zu vervollkommen an den Punkten, wo sie noch aufnahmefähig sind. Es muß auf diese Weise ein möglichst gutes Gleichgewicht zwischen direkter und indirekter Besteuerung herbeigeführt werden, damit die Gesamtheit der Steuern für das ganze deutsche Volk tragbar erscheint. Wir müssen zunächst sehen,

aus der neuen Einkommensteuer möglichst hohe Erträge herauszuwirtschaften,

durch Verbesserung der Ledmit, der Erhebung und der Kontrolle. Maximal hätte die pflegliche Behandlung der Steuerverwaltung mehr gebracht, als neue Steuern. (Sehr wahr!) Weiter ist gedacht an eine Veredelung des Reichsnotopfers. Dazu tritt der Ausbau anderer Steuerarten. Die Veredelung des Reichsnotopfers ist unbedingt erforderlich. Auf diese Weise wird am Anfangsten und sachgemäßesten die Besteuerung der Realwerte gestaltet werden. Die Besitzer von Realwerten sind nicht soweit belastet, wie die Besitzer von Papiervermögen. (Sehr wahr! Vinst.) Es muß ein besonderer Faktor geschaffen werden, der der Geldentwertung Rechnung trägt und damit eine

ungleichmäßige Behandlung des Besitzes ausschließt. Wir dürfen, wenn wir vorsichtig schätzen, mit mindestens 7 bis 8 Milliarden jährlich hierbei rechnen. Vor einigen Monaten ist das Problem aufgetaucht von der

Beteiligung des Reiches an der Industrie.

Dieser Gedanke unterliegt zurzeit in der Reichsregierung der Durcharbeit und Erörterung. Zunächst ist der Teil im Angriff genommen worden, der die Beteiligung an größeren Unternehmungen vorsieht. Sobald die Vorarbeiten zu einem Abschluß kommen, werde ich dem Hause weitere Mitteilungen zugehen lassen. Weiter kommt in Frage in diesem Zusammenhang die Besteuerung des Vermögenszuwachses. Es erscheint geboten, den nach dem 31. Juli 1919 oder wenigstens nach dem 31. Dezember 1919 entstandenen Vermögenszuwachs noch durch eine einmalige große Abgabe zu erfassen. Betroffen werden sollen grundsätzlich nur die großen Zuwächse. Eine sehr bedeutende Vermehrung der Einkommen- und Befuhrsteuer erwartet die Finanzverwaltung von einer erheblichen

Verbesserung der Steuerpolitik

und zwar ein Mehr von 8 Milliarden gegen das Vorjahr. Die Erträge aus dem Verbrauch sind nur nach Schätzungen zu berechnen. Aus der nur ganz geringen Erhöhung der Kohlensteuer von 5 Prozent erwarten wir ein Mehr von 32 bis 36 Milliarden. Eine vorläufige Übersicht des Reichsfinanzministeriums ergibt, daß nach Durchführung der Steuerergänzung wir nach sehr vorsichtiger Schätzung mit

etwa 80 Milliarden Gesamteinnahmen

rechnen können. Der laufende Bedarf wird noch erheblich über diese Summe hinausgehen und sich um die 100 Milliarden-Grenze bewegen. Nach einer vorsichtigen vorläufigen Schätzung werden sich die laufenden direkten Steuern insgesamt für die nächsten Jahre auf 40 1/2 Milliarden stellen. Dazu kommen die einmaligen Einnahmen vom Vermögenszuwachs und den Nachkriegsgewinnen, für welche letztere vorsichtig eine Milliarde angenommen sind. Die indirekten Steuern sollen 36 1/2 Milliarde ergeben. Nach diesem Programm werden sich 54 1/2 Prozent der Einnahmen aus den direkten Steuern ergeben. Zu beachten ist aber auch die Belastung des Besitzes in Ländern und Gemeinden, die 4 Milliarden oder noch erheblich mehr sein würden. Gelangt es, die große Mehreinnahme zu schaffen, so ist die Voraussetzung für

die dritte Etappe der Finanzreform

gegeben, die aber in späteren Jahren kommt mit dem Problem der geltenden Stabilisierung und der Währungsreform. Redner appelliert an das Haus, die Voraussetzung für die Erfüllung dieses Wunsches zu schaffen. Der Wert der Mark hängt ab von der Herstellung des Gleichgewichts im Budget und seiner Durchführung eines energiegelichen Reformprogramms.

Wie ist aber der Standpunkt der Garantiefunktion?

Wie kann man uns solche Lasten auferlegen, während man uns gleichzeitig die Sanktionen oder besser die Pressionen in West und Ost auferlegt, statt die schwere Bürde abzuschieben. Wir haben Anlaß genommen, der Kommission das klar zu machen. Auch die Alliierten müssen den Willen haben, die Pressionen aufzuheben, die wir nur als Quälereien an unserem Volkstörper empfinden können. Dazu rechne ich auch Oberschlesien. Wir unserserseits haben dem Impuls, den festen Willen, die uns auferlegten Forderungen, zu erfüllen. Dazu brauchen wir aber das freie Spiel unserer Kräfte.

Die Aussprache.

Unter den Ausführungen der Debattierenden sind wohl die bemerkenswertesten die des Abg. Dr. Helfferich, des ehemaligen Finanzministers aus der Kaiserzeit, dessen Auftreten stets einen Sturm bei der Linken hervorruft. Die Redner der übrigen Parteien begnügten sich mit mehr oder weniger zustimmenden oder abwartenden Erklärungen.

Der Zentrumsbag. Trimborn betont kurz, daß man zu den Steuerplänen heute noch keine Stellung nehmen könne. Den Ausführungen, mit denen der Kanzler geschlossen hat, und die auf das Unstimmige der Sanktionen und unsere Verhandlung in Oberschlesien hinweisen, stimmte er voll bei.

Abg. Helfferich (Deutschl. Sp.) betont im Eingange seiner Ausführungen, daß es wohl niemandem unbekannt wäre, daß die letzten Worten des Reichskanzlers unzulänglich hätte. Seit den Tagen von Karpago sei nie ein Volk von seinen Feinden so behandelt worden, wie das deutsche. Es sei etwas unerhörtes in der ganzen Weltgeschichte. Diese